



ABSTIMMUNG

Am 28. September wird über die Initiative «für eine öffentliche Krankenkasse» abgestimmt – die wichtigsten Argumente.

Seite 7

Mitgliederzeitung der SP Schweiz

146 • CH Juni 2014 AZB 3001 Bern



Die SP geht in die Agglo

An der Stadtgrenze sackt der Stimmenanteil der SP um 10 bis 15 Prozent ab. Mit dem Projekt «Starke SP in der Agglo» will die SP die Agglomeration zurückerobern.

Seiten 2 und 3

POSITIONEN



Das Gripen-Nein muss als Chance für eine echte **Reform** hin zu einer **modernen und effizienten Armee** genutzt werden.

Seite 5

AKTUELL



Ein neuer **Ratgeber** der SP Schweiz liefert alle wichtigen Informationen darüber, wie ein Testament erstellt werden kann.

Seiten 14 und 15

PERSONEN



Pünktlich zum WM-Anpfiff hat SP-Mediensprecher Michael Sorg das Buch «**Fussball. Eine Kulturgeschichte**» gelesen.

Seite 17



Schweizer Luftwaffe 2011

Agglomerationen sind zusammenhängende funktionale Siedlungs- und Lebensräume, die Kernstädte (zum Beispiel Zürich oder Bern) und suburbanen (Schlieren oder Zollikofen) sowie periurbanen (Rümlang oder Münsingen) Räumen umfassen.

Wo die Politik bestimmt wird

Eines der wichtigsten Projekte der SP Schweiz widmet sich der Agglomerationspolitik. Mit inhaltlicher Arbeit, aber auch mit bewegungspolitischen Massnahmen packen wir das Thema an.

Seit dem 9. Februar ist der Begriff der Agglomeration in aller Munde. Die Zustimmung zur Masseneinwanderungsinitiative sei aus den Agglomerationen und vom Land gekommen, hiess es. Die Stimmung in den «Agglos» sei gekippt. Und überhaupt werde unsere politische Zukunft in den Agglomerationen bestimmt.

Es stimmt. Die Bevölkerung in den Agglomerationen war das Zünglein an der Waage beim knappen Sieg der Masseneinwanderungsinitiative. Es stimmt auch, dass sich das Abstimmungsverhalten in den Agglomerationen im Verlauf der letzten Jahre verändert hat. Hat die Agglomerationsbevölkerung dem bilateralen

Weg über Jahre hinweg noch mehrheitlich zugestimmt, ist sie jetzt kritisch.

Das Thema «Agglomerationen» und «Agglomerationspolitik» ist seit 2012 auf der politischen Agenda der SP Schweiz. Seit dem 9. Februar hat das Thema an Brisanz gewonnen. Das neu lancierte Projekt besteht im Wesentlichen aus zwei Pfeilern: einem inhaltlichen und einem bewegungspolitischen. Einerseits stellen wir an der Delegiertenversammlung vom 26. Oktober 2014 das Positionspapier «für eine zukunftsfähige Agglomerationspolitik» zur Diskussion, das unsere Haltungen, Anliegen und politischen Forderungen zusammenfasst.

Andererseits möchten wir die Situation in den Agglomerationsgemeinden und Sektionen besser kennen lernen und gezielte, punktuelle Unterstützung anbieten. Mit rund zwanzig Sektionen starten wir ab dem Herbst 2014 das Projekt «Starke SP in der Agglo» (siehe Beitrag rechts).



Leyla Gül
ist Co-Generalsekretärin der SP Schweiz

Über **1000** Agglomerationsgemeinden gibt es in der Schweiz, die sich auf insgesamt **50** Agglomerationen verteilen. Mindestens **20 000** Einwohnerinnen und Einwohner braucht ein Gebiet von aneinander liegenden Gemeinden, um als Agglomeration zu gelten. Rund **21%** der Landesfläche bedecken die Agglomerationsgemeinden. Um durchschnittlich **15%** sinkt der WählerInnenanteil der SP, wenn man den Schritt über die Stadtgrenze hinaus macht. **51 km²** umfasst Köniz, die flächenmässig grösste Agglomerationsgemeinde der Schweiz. **2/3** aller Schweizerinnen und Schweizer leben in der Agglomeration. Mit **1,1 Millionen** Einwohnerinnen und Einwohnern ist Zürich die weitaus grösste Agglomeration der Schweiz, gefolgt von Basel (**480 000**) und Genf (**470 000**).

Stark in der Agglo

Ein neues Projekt will die SP in den Agglomerationsgürteln stärken. Im Zentrum steht der direkte Austausch unter und die individuelle Unterstützung von Sektionen. In einer ersten Phase werden dafür Pilotsektionen gesucht.

Auf den ersten Blick ist die Grenze zwischen einer Stadt und der Agglomeration selten zu erkennen, auch auf Karten ist sie kaum nachvollziehbar. Politisch ist die Grenzziehung aber augenfällig: Der Stimmenanteil der SP sackt nach der Stadtgrenze um 10 bis 15 Prozent ab.

Durch das Wachstum der Gemeinden im Agglomerationsgürtel sind immer mehr Menschen von den Entscheiden dieser Gemeinden betroffen und immer häufiger sind sie für den Ausgang von nationalen Abstimmungen entscheidend. Wo liegt also das Problem und wie werden wir als SP in der Agglomeration stärker? Wer auf diese Frage eine einfache Antwort hat, liegt falsch. Das ist aber kein Grund, sich des Themas nicht anzunehmen.

Profil schärfen, Bewegungsarbeit stärken

In den Agglomerationen wird nicht schlechtere Arbeit geleistet als andernorts, aber sie findet in einem schwierigeren Umfeld statt. Oder anders gesagt: Von einer Sektion in einer Agglomerationsgemeinde wird mehr verlangt, um die Menschen zu überzeugen. Bei dieser Anstrengung will die SP Schweiz die Sektionen unterstützen. Dabei wollen wir uns auf jene Faktoren konzentrieren, die wir beeinflussen und deren Erfolg wir auch tatsächlich messen können. Wir wollen uns nicht zum Ziel setzen, die vermutlich wertkonservativere Haltung der Bewohnerinnen und Bewohner von Agglomerationsgemeinden zu beeinflussen, oder uns darauf konzentrieren, die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer abzuholen. Im Zentrum wird vielmehr die Frage stehen, wie wir unser politisches Profil schärfen und die Bewegungsarbeit stärken können. Das beinhaltet auch, dass wir unsere eigene Arbeit kritisch überprüfen, um die vorhandenen Ressourcen so

effektiv wie möglich einzusetzen: Machen wir die richtigen Dinge und machen wir die Dinge, die wir tun, richtig?

Unterstützung für Agglo-Sektionen

Das alles wollen wir gemeinsam mit euch tun. Dabei ist klar, dass wir keiner einzigen Sektion helfen können, wenn wir eine allgemeine Handlungsanleitung erstellen. Die Erfahrungen werden wir laufend zusammentragen und allen zur Verfügung stellen. Primär wollen wir aber interessierte «Agglo-Sektionen» individuell unterstützen. Deshalb stellen wir das Projekt gerne an einer Sektions- respektive Regionalkonferenz vor, später gemeinsam mit den Kantonalparteien bei eurer Sektion.

Wir möchten uns dabei von konkreten Fragen leiten lassen, zum Beispiel:

- Was gibt es für erfolgreiche Initiativprojekte aus anderen Gemeinden?
- Wie können wir unsere Kommunikationsarbeit verbessern und mit unseren Mitteln möglichst viele Menschen erreichen?
- Wie häufig und erfolgreich nutzen wir die Volksrechte?
- Wie erreichen wir Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger?
- Bieten wir ambitionierten Mitgliedern genügend Entfaltungsmöglichkeiten?
- Setzen wir die richtigen thematischen Schwerpunkte?
- An welchen Gemeindeanlässen sind wir präsent?

Wir gehen bei diesem Projekt nicht nach Schema F vor, sondern lassen uns von euren Bedürfnissen leiten. Wir werden die Welt nicht neu erfinden, aber dafür sorgen, dass wir euch mit guten Beispielen dafür versorgen können, wie andere Sektionen ähnliche Probleme gelöst haben. Wir hoffen, gemeinsam mit euch auch neue Lösungen entwickeln zu können.

In einer ersten Phase werden wir die Pilotgemeinden auswählen und diesen Kreis dann möglichst bald erweitern. Die Entscheidungsgrundlage dafür wird zurzeit erarbeitet. Bist du daran interessiert, mit deiner Sektion am Projekt teilzunehmen? Dann meldet euch bis am 15. Oktober bei info@spschweiz.ch.



David Roth
ist Vizepräsident der SP Schweiz

STANDPUNKT



Leyla Gül
Co-Generalsekretärin

Weitermachen

Selten hat ein Abstimmungssonntag bei mir so gemischte Gefühle hinterlassen wie der 18. Mai. Da war zum einen der Gripen – ein historischer Sieg, ein erstmaliges Nein zu einer armeerpolitischen Vorlage, ein klares Votum dafür, das Geld sinnvoller auszugeben, die Aufforderung, den Prozess zur Armee reform einzuleiten. Auf der anderen Seite die 23 Prozent zum Mindestlohn. Nur gerade ein Viertel der Schweizerinnen und Schweizer sagte Ja zu einer Selbstverständlichkeit: zum Prinzip, dass man von seinem Lohn auch leben können soll. Es braucht schon einen Moment, um dieses Verdikt hinunterzuschlucken und weiterzumachen. Weiterzukämpfen für eine gerechtere Verteilung des Wohlstands und der Lebensqualität, für Solidarität und Gerechtigkeit.

Ich bin keine Freundin von Schönfärberei, davon, Niederlagen in Erfolge umzudeuten. Bei der Mindestlohn-Initiative wäre es jedoch Selbstkasteiung, nicht auf den realen Effekt hinzuweisen, den sie erzielt hat. Unter ihrem Druck haben zahlreiche Unternehmen die tiefsten Löhne auf 4000 Franken angehoben. Auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung keinen Mindestlohn in der Verfassung will, hat die Initiative einen neuen Standard gesetzt. Wer Löhne unter 4000 Franken bezahlt, muss sich schämen.

Man könnte darin fast schon einen Wink des Schicksals sehen, dass vor dreissig Jahren die Bankeninitiative mit fast demselben Stimmenverhältnis verworfen wurde. Und auch hier ist es alles andere als schönfärbisch, wenn sie der damalige SP-Präsident Helmut Hubacher «meine erfolgreichste Niederlage» nennt. Die Initiative, die das Bankgeheimnis in Frage stellte, hatte 1984 nicht den Hauch einer Chance. Als Gefahr für den Finanzplatz Schweiz stand sie im Ruch, den Geist des Sozialismus zu atmen und Arbeitsplätze zu gefährden. Heute ist die Kernforderung der Initiative erfüllt: Das Bankgeheimnis ist am Ende.

Das sind wir. Wir stehen nach Niederlagen wieder auf, weil wir wissen, dass am Anfang eines politischen Erfolgs fast immer eine Niederlage stand: beim Frauenstimmrecht, bei der AHV, der Fristenregelung, der 42-Stunden-Woche. Die wirklich wichtigen Dinge im Leben brauchen mehrere Anläufe. Machen wir also einfach weiter. Ich danke euch, liebe Genossinnen und Genossen, für euer Engagement.

VERANSTALTUNG

ParlamentarierInnen-Treffen

6. September 2014 (nachmittags) in Bern

Unter dem Schwerpunkt Agglomerationspolitik behandeln wir gemeinsam mit kommunalen und kantonalen SP-ParlamentarierInnen die Themen «Öffentlicher Raum», «Verkehr» und «Wohn- und Bodenpolitik».

Wenn ihr an der Teilnahme interessiert seid, könnt ihr euch bereits jetzt unverbindlich melden bei monika.bolliger@spschweiz.ch, damit wir euch die Einladung direkt zustellen können.



Am SP-Europafest: Christian Levrat mit Kandidierenden der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Portugals, Frankreichs, Italiens und Spaniens.

Europa hat gewählt

Der Entscheid sorgte Anfang Jahr für Schlagzeilen: «Schweizer Genossen machen Wahlkampf für EU!». Was keine andere Partei in der Schweiz überhaupt in Betracht zog, haben wir gemacht: eine gemeinsame Wahlkampagne mit unseren Schwesterparteien für die europäischen Wahlen.

«Gemeinsam für ein soziales Europa» lautete das Motto der Kampagne. Sie richtete sich an die 1,7 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger in der Schweiz und löste bei der Diaspora ein unerwartet grosses und positives Echo aus. Das Engagement der SP wurde nicht nur wärmstens begrüsst, sondern auch sehr geschätzt. Unsere internationale Zusammenarbeit wurde dadurch wesentlich gestärkt.

Welches Bild zeigt sich jetzt in Europa nach einem ersten Blick auf die Wahlergebnisse? Keine Frage, das Resultat ist durchgezogen:

■ Seit 1979 ist die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen kontinuierlich gesunken. Dieser Trend konnte nun erstmals gestoppt werden, die Beteiligung stabilisiert sich bei 43 Prozent, einem Wert, der mit der Beteiligung in der Schweiz verglichen werden kann.

■ Der erstmalige Versuch, mit einem Spitzenkandidaten und einer geeinten sozialdemokratischen Plattform in die Wahlen zu steigen, hat in der Kampagne funktioniert. Der Diskurs «Welches Europa wollen wir?» konnte über das Duell Martin Schulz gegen Jean-Claude Juncker geführt werden und auch die Konservativen, die trotz herben Verlusten immer noch knapp stärkste Kraft im EU-Parlament sind, mussten für ein stärkeres und sozialeres Europa plädieren. Keine politische Kraft hat die Austeritätspolitik der Barroso-Kommission verteidigt, aber leider wurde in den Medien immer wieder behauptet, zwischen Juncker

und Schulz respektive Konservativen und Sozialdemokraten gebe es fast keinen Unterschied.

■ Erfreulich ist, dass die sozialdemokratische Partei in einigen wichtigen Ländern deutlich zulegen konnte: SPD +6,5% (27,3%), Italien PD +14,7% (40,8%), UK-Labour +9,7% (25%). In anderen Ländern hingegen, etwa in Frankreich oder Spanien, wurden die Sozialisten in den Europawahlen für ihre Politik auf nationaler Ebene abgestraft.

■ Auffällig sind die Resultate einiger rechtsextremistischer Parteien. Sie verloren in den Niederlanden massiv, in Grossbritannien wurden sie mit der UKIP und in Frankreich mit dem Front national zur stärksten Partei. Diese Resultate generell als Ausdruck eines anti-europäischen Verdikts zu deuten, ginge zu weit. Die Resultate sind stark vom nationalen Kontext geprägt und wurden so auch erwartet. Denn der hehre europäische Gedanke der gemeinsamen Wahlkampagne kam spätestens bei der effektiven Wahl in den Mitgliedstaaten kaum mehr zum Tragen. Schliesslich stehen die nationalen Parteien zur Wahl und somit steht die Wahl auch immer in einem nationalen Kontext. Den genannten Parteien ist es gelungen, vernachlässigte Schichten ländlicher und wirtschaftlich schwächerer Wähler anzusprechen, die sich von der aktuellen Politik im eigenen Land, aber auch von der Austeritätspolitik der EU verraten und vergessen fühlen.

Bei Redaktionsschluss war das Gerangel um die wichtigsten Posten, allen voran das Kommissionspräsidium, noch in vollem Gang. Martin Schulz fordert zu Recht ein Ende dieser Schlacht. Es sei nun die Zeit angebrochen, gemeinsam Antworten auf die Arbeitslosigkeit, das Erstarken der Extremisten oder den Ukraine-Konflikt zu geben. Bleibt zu hoffen, dass das Versprechen beider Spitzenkandidaten, eine menschlichere und sozialere Politik einzuleiten, eine Wende ermöglicht.

Die SP Schweiz wird gemeinsam mit den Schwesterparteien SPD, PD, PSOE, PS Portugal und PS français auch über diese Wahlen hinaus für ein soziales, demokratisches und ökologisches Europa kämpfen, das wieder die Sorgen und Ängste, aber auch Hoffnungen und Träume aller Europäerinnen und Europäer in den Vordergrund stellt. Die sozial kalte Austeritätspolitik mittels zwischenstaatlicher Verträge und Troika-Diktat ausserhalb der EU-Institutionen muss aufhören. Dieser Kampf für ein sozialdemokratisches Europa hat erst begonnen und wird auch von uns nach dem 25. Mai mit Überzeugung und Engagement weitergeführt.



Flavia Wasserfallen

ist Co-Generalsekretärin der SP Schweiz

Gripen-Nein: Chance für eine moderne Sicherheitspolitik

Der Druck für eine echte Armee reform ist nach dem Nein zum Gripen stark gestiegen. Das anstehende Projekt «Weiterentwicklung der Armee» muss als Chance für eine moderne, effiziente und glaubwürdige Armee genutzt werden.

Die «Weiterentwicklung der Armee» (WEA) fährt zwar bedrohungsgerecht die mechanisierten Truppen stark zurück und steigert durch eine Senkung der Bestände und Konzentration auf deutlich weniger Standorte die Effizienz. Gleichzeitig geht sie in wesentlichen Punkten jedoch in eine komplett falsche Richtung: Sie formt grosse Teile der Armee in eine Art Hilfspolizei für die Kantone um und zementiert damit die viel zu hohen Bestände. Und sie lässt die internationale Dimension fast gänzlich vermissen, macht also weiterhin auf Abschottung statt internationaler Sicherheitskooperation und Friedensförderung.

Reale Sicherheitsherausforderungen sind heute immer seltener militärischen Ursprungs. Es sind dies vielmehr Naturgefahren, Terrorismus, Cyber-Risiken, atomare Gefahren oder der Zerfall staatlicher Strukturen. Viele Bedrohungen kennen heute zudem keine Grenzen. Deshalb muss sich die Schweiz verstärkt an internationalen Missionen zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung beteiligen, um Bedrohungen und Krisen durch gemeinsames Handeln zu entschärfen. Internationale Kooperation führt zu einem Gewinn an Sicherheit – Abschottung zu einem Verlust an Sicherheit. Für die SP gibt es bei der Weiterentwicklung der Armee drei zentrale Punkte:

■ **Internationale Kooperation massiv verstärken** Die Schweizer Armee muss sich an rea-

len Bedrohungsszenarien orientieren, was in allen Bereichen eine stärkere internationale Vernetzung bedingt. Das nach wie vor gültige Leitmotiv «Sicherheit durch Kooperation» muss zu internationalen Konzepten und soll nicht zu einer Regionalisierung im Innern führen. Das internationale Engagement der Armee soll zum strukturbildenden Merkmal werden. Dazu ist etwa ein Rahmenabkommen mit der EU über gemeinsame Friedensmissionen nötig und die bestehenden Luftpolizei-Abkommen mit unseren Nachbarstaaten sind im Bereich Früherkennung, Frühwarnung und beim Einsatz zu vertiefen. Zudem muss sich die Armee dem Konzept des «Pooling and Sharing» von Rüstungsgütern anschliessen, da in Anbetracht der technologischen und finanziellen Herausforderungen ein nationaler Alleingang in diesem Bereich kaum mehr machbar ist. Die WEA-Vernehmlassungsvorlage widmet dieser europäischen Zusammenarbeit keine einzige Zeile. Das muss sich ändern.

■ **Armee nicht als Hilfspolizei missbrauchen** Die Armee muss ein hauptsächlich militärisches Instrument bleiben und darf nicht zunehmend für sicherheitspolitische Aufgaben eingesetzt werden, für die etwa die Polizei, das Grenzwachtkorps oder der Bevölkerungsschutz bereitstehen. Ein Ausdruck der Degradierung der Armee zur kantonalen Hilfspolizei ist der Vorschlag in der WEA-Vernehmlassungs-

vorlage, die Militärpolizeibataillone zu verdoppeln. Das darf nicht geschehen. Vielmehr soll der Bund mit den Kantonen Leistungsvereinbarungen abschliessen, damit diese für das Wahrnehmen nationaler Sicherheitsaufgaben mit Bundesmitteln unterstützt werden und den Bestand ihrer Polizeikorps aufstocken können. Im gleichen Zug müssen die Armeebestände auf ein sinnvolles Mass reduziert werden: Gemäss dem Militärkonzept der SP ist eine Grösse von 50 000 Personen anzustreben.

■ **Armeeplafond nach unten anpassen** Für die Bewältigung der realen Sicherheitsherausforderungen genügt ein tieferer Armeeausgabenplafond vollkommen – ohne Sicherheitseinbusse. Entgegen aller Rhetorik aus dem VBS sind die Armeeausgaben in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Mindestens die 300 Gripen-Millionen müssen nach dem Volks-Nein rückgängig gemacht werden. Das Militärkonzept der SP geht gar noch weiter und spricht von einem Mittelbedarf von jährlich rund 3,5 Milliarden Franken statt der von bürgerlicher Seite geforderten 5 Milliarden.



Evi Allemann ist Nationalrätin BE und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission SIK-N

Ex-Press



Falsche Richtung: Die «Weiterentwicklung der Armee» formt grosse Teile der Armee in eine Art Hilfspolizei um und zementiert damit allzu hohe Bestände.



Keystone

Streitet die Politik über Steuern, geht es nicht nur um Einnahmen, sondern auch um staatliche Leistungen und Umverteilung von Einkommen und Vermögen.

Kerngeschäft Steuerpolitik

Steuergerechtigkeit steht im Zentrum des Parteitages von Winterthur: Die Delegierten entscheiden über zukunftsgerichtete Grundsätze einer sozialdemokratischen Steuerpolitik.

Diskussionen über Grenzsteuersätze, Abzugsmöglichkeiten und Lizenzboxen mögen aufgrund ihrer Komplexität selbst viele politisch Interessierte grundsätzlich langweilen. Es bleibt aber eine Tatsache: Kein handlungsfähiger Staat ohne die nötigen finanziellen Ressourcen. Nur dann können sich die Bürgerinnen und Bürger darauf verlassen, dass soziale Sicherheit, Bildung, Infrastruktur und Kultur für alle verfügbar sind.

Wenn die Politik über Steuern streitet, geht es darum nicht einfach um Einnahmen, sondern vielmehr um staatliche Leistungen – und auch um Um- und Rückverteilung von Einkommen und Vermögen. Steuerpolitik und Steuergerechtigkeit sind darum zwingend Kerngeschäfte der Sozialdemokratie.

Der «internationale Steuerwettbewerb»

Doch die Steuergerechtigkeit wird durch immer mehr Steuerprivilegien massiv untergraben – und mit ihr der soziale Ausgleich. Verschiedene Steuerreformen der letzten Jahre hatten unter dem neoliberalen Schlagwort des internationalen Steuerwettbewerbs nur eines zum Ziel: Den Steuerbeitrag der Gutverdienenden und Vermögenden zu reduzieren und damit über kurz oder lang den staatlichen Leistungskatalog zu sabotieren.

Steuergerechtigkeit bedeutet aber eine faire Steuerbelastung für alle nach dem sogenannten Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, wie es in der Verfassung verankert ist: Jeder und jede soll nach seinen oder ihren

wirtschaftlichen Möglichkeiten mitzahlen. Steuergerechtigkeit bedeutet ganz klar keine Privilegierung der Wohlhabenden gegenüber den Ärmern, keine Sondertouren für Unternehmen gegenüber den Privaten und keine Schlupflöcher für Investoren und Spekulanten gegenüber der arbeitenden Bevölkerung.

Steuern sind der voraussetzungslos geschuldete Beitrag an die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben: Da darf es keine Schlupflöcher und Ausreden geben. Wer hier lebt, profitiert automatisch von den öffentlichen Einrichtungen und hat folglich nach seinen oder ihren Möglichkeiten an deren Finanzierung beizutragen. Die Steuerlast muss auf alle Schultern verteilt werden. Und die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Managern und Arbeitenden und zwischen den Staaten, den Kantonen und den Gemeinden muss mit effektiven steuerlichen Eingriffen korrigiert werden.

Zunehmende Ungleichheit

Doch die Schere hat sich in den letzten Jahren weiter geöffnet, auch als Folge unsolidarischer Reformen: 2014 besitzen die 300 Reichsten in der Schweiz zusammen 564 Milliarden Franken Vermögen. Das sind rund 100 Milliarden Franken mehr als noch vor der Finanzkrise. Die Schweiz gilt als ein Land mit einer weltweit ausserordentlich ungleichen Vermögensverteilung, wobei sie in dieser Hinsicht je nach Studie nur noch von Staaten wie Namibia oder Singapur übertroffen wird. Ebenso ist auch die Lohnschere in den letzten Jahren wieder

weiter aufgegangen: Während die Löhne des bestverdienenden Prozents zwischen 1996 und 2010 um mindestens 39 Prozent stiegen, mussten sich die tiefen und mittleren Einkommen mit 7 bis 8 Prozent zufrieden geben.

Eine Schwalbe macht noch keinen ...

Zwar gibt es Lichtblicke wie die neusten Bemühungen im Kreise der OECD: Den multinationalen Konzernen soll auf ihrer Suche nach immer raffinierteren Steuerumgehungsstrukturen international und koordiniert das Handwerk gelegt werden. Dass in einem exzessiven Steuerwettbewerb fast alle verlieren, wenn die Unternehmen die Staaten oder Kantone gegeneinander ausspielen, beginnen mittlerweile auch lernfähige Bürgerliche zu begreifen.

Solche steuerpolitischen Schwalben machen leider noch keinen Sommer. Grund genug für die SP Schweiz, mit ihrem Positionspapier «Sozialdemokratische Steuerpolitik für alle statt für wenige» öffentlich kundzutun, dass sie sich mit dem fiskalischen Status quo nicht zufrieden geben wird.

Das Papier findet sich in den Parteitageunterlagen: www.spschweiz.ch/parteitag



Stefan Hostettler ist Leiter der politischen Abteilung der SP Schweiz

Prämienexplosion stoppen!

Der heutige Pseudowettbewerb der privaten Versicherungen mit ärgerlichen Werbeanrufen und der Jagd nach sogenannten guten Risiken kostet Millionen und ist schädlich für unsere Gesundheitsversorgung. Deshalb sagen wir am 28. September Ja zur öffentlichen Krankenkasse.

Über sechzig private Krankenversicherungen veranstalten heute in der Schweiz einen teuren, bürokratischen Pseudowettbewerb. Um im Vergleich zur Konkurrenz tiefere Prämien anbieten zu können, versuchen sie, chronisch Kranke und ältere Versicherte an andere Kassen abzuschleichen. Das führt zu ungerechten Prämienunterschieden und insgesamt höheren Prämien.

Kompliziertes System und ärgerliche Werbeanrufe

Das heutige System ist intransparent. Die mehr als sechzig Krankenkassen bieten mit der Grundversicherung ein identisches Produkt an. Dafür verrechnen sie jedoch vollkommen unterschiedliche Preise – unglaubliche 300 000 verschiedene Prämien gibt es je nach Alter, Geschlecht oder Versicherungsmodell! Dazu der Papierkram beim Kassenwechsel und lästige Werbeanrufe: ärgerlich!

Private Kassen verschleudern unsere Prämien

Der Scheinwettbewerb, die Jagd auf «gute Risiken» und der Verkauf von unzähligen Versicherungsprodukten verursachen einen immensen

Marketingaufwand. Die Kassen verschleudern so jedes Jahr über 200 Millionen Werbefranken. Weitere Prämien fließen in politisches Lobbying und Abstimmungskampagnen. Dazu kommt, dass Versicherungen mit einem öffentlichen Auftrag ihren Managern Millionensaläre ausbezahlen.

INFORMIERT BLEIBEN

Auf www.oeffentliche-krankenkasse.ch kann jetzt der Newsletter abonniert werden. So erhältst du jeweils die wichtigsten Neuigkeiten. Hast du eine Frage oder weitere Ideen, wie du dich an der Kampagne beteiligen möchtest? Dann kontaktiere uns: info@oeffentliche-krankenkasse.ch

ÄRZTEKOMITEE

Bereits haben sich über 250 Ärztinnen und Ärzte in einem Komitee für die öffentliche Krankenkasse zusammengeschlossen. Wir freuen uns über weitere Unterstützung! Weitere Informationen: www.oeffentliche-krankenkasse.ch/aerztekomitee/

Fokus auf die Behandlungsqualität

Im heutigen System hat keine Krankenkasse ein Interesse daran, gute und koordinierte Behandlungen für chronisch Kranke zu fördern. Sie würde riskieren, für diese Patientengruppe attraktiv zu werden. Mit der öffentlichen Krankenkasse wird das anders: Anstelle der Risikoselektion rückt die Behandlungsqualität in den Vordergrund.

Prämienexplosion stoppen

Das Kosten- und Prämienwachstum wird dank Einsparungen bei den Werbe-, Marketing- und Verwaltungskosten gebremst. AHV und Suva zeigen, dass öffentliche Versicherungen vorbildlich funktionieren und das Wohl der Versicherten in den Mittelpunkt stellen (siehe Grafik unten).



Jacqueline Fehr
ist Nationalrätin ZH
Tom Cassee arbeitet für die
Kampagne zur öffentlichen
Krankenkasse

DIE INITIATIVE

Die Volksinitiative «für eine öffentliche Krankenkasse» kommt am 28. September 2014 zur Abstimmung. Die Initiative will die über sechzig privaten Krankenkassen durch eine einheitliche, öffentlich-rechtliche Einrichtung mit kantonalen Agenturen ersetzen. Mit einer öffentlichen Krankenkasse werden Einsparungen möglich und die Prämienexplosion gestoppt. Im Trägerverein sind über zwanzig Patienten-Organisationen, Parteien, Berufsfach- und Branchenverbände sowie Gesundheitsorganisationen und Gewerkschaften vertreten.

Was geschieht mit Rabatten und Zusatzversicherungen?

Die öffentliche Krankenkasse übernimmt die Grundversicherung. Tiefere Kinderprämien, Franchisen-Rabatte und Hausarzt-Modelle bleiben bestehen. Bei den Zusatzversicherungen ändert sich nichts.

Verwaltungskosten in der Unfallversicherung 2005*

Im Bereich «Unfall», also in der obligatorischen Unfallversicherung, existieren bereits heute private und öffentliche Anbieter. Der Vergleich zeigt: Die öffentliche Versicherung funktioniert effizienter als die private. Die Initiative für eine öffentliche Krankenkasse fordert deshalb, dass auch im Bereich «Krankheit» anstelle von sechzig privaten Versicherern eine einzige, öffentlich-rechtliche Krankenkasse die Grundversicherung anbietet.

PRÄMIENZUSCHLÄGE FÜR VERWALTUNGSKOSTEN

| | |
|---------------------------|--------|
| SUVA | 10,4 % |
| PRIVATE UNFALLVERSICHERER | 19,1 % |

VERWALTUNGSKOSTEN PRO 1000 FRANKEN AUSBEZAHLTER LEISTUNGEN

| | |
|---------------------------|-------------|
| SUVA | 104 Franken |
| PRIVATE UNFALLVERSICHERER | 191 Franken |

VERWALTUNGSKOSTEN PRO FALL

| | |
|---------------------------|-------------|
| SUVA | 645 Franken |
| PRIVATE UNFALLVERSICHERER | 913 Franken |

* Seit 2005 weisen die privaten Unfallversicherer ihren Verwaltungsaufwand nicht mehr aus. Der Verwaltungskostenzuschlag auf den Prämien bei Privatversicherern und Krankenkassen beträgt jedoch in der Regel 22% (SUVA max. 14,5%).

«Sind Sie schon SP-Mitglied?»

Auf der Strasse Leute ansprechen und sie von einer SP-Mitgliedschaft überzeugen braucht zwar etwas Überwindung, aber es funktioniert. Das beweist die SP Kanton Zürich.

«Sind Sie schon Mitglied der SP oder einer anderen linken Partei?» – Mit dieser Frage sprechen wir Leute an und verwickeln sie in ein Gespräch. Wir wollen herausfinden, warum die Angesprochenen noch nicht Parteimitglied sind, was sie davon abhält, warum sie skeptisch sind. Sie andererseits nutzen die Gelegenheit, um uns Fragen zu stellen, und bekommen durch uns einen kleinen Einblick in den Parteilalltag. «Parteimitglied? Also das hab' ich mir noch nie überlegt.» Während eine Mitgliedschaft beim WWF oder der Rega einfach dazu gehört, reagieren beim Thema «Partei» die meisten überrascht. So manch angeregtes Gespräch entwickelt sich jedoch daraus und mit unseren eigenen Erfahrungen in der Hinterhand zeigen wir die Vorteile einer SP-Mitgliedschaft auf: Die SP bietet ihren Mitgliedern viele Gelegenheiten zu Information, Diskussionen, interner Weiterbildung, Engage-

ment und auch geselligem Zusammensein mit Gleichgesinnten (aber nicht immer Gleichdenkenden!). Dazu öffnet eine Mitgliedschaft auch die Türen für politische Ämter und der Mitgliederbeitrag hilft der SP dabei, ihre Abstimmungs- und Wahlkämpfe unabhängig zu finanzieren. Das leuchtet ein und überzeugt die einen oder anderen spontan von einer SP-Mitgliedschaft.

Ein paar praktische Tipps, die sich bei den bisherigen Aktionen bewährt haben:

- Ein klarer Absender spricht die richtigen Leute an: Darum unbedingt mit einer Fahne oder einem Plakat als SP erkennbar sein und die Leute mit Namensschildern als SP-Mitglieder kennzeichnen. Im Unterschied zu anderen Organisationen, die spezialisierte Agenturen auf die Strasse schicken, werben bei der SP Mitglieder neue Mitglieder. Das kommt bei

den Passantinnen und Passanten durchwegs gut an!

- Standaktionen müssen Spass machen: Also unbedingt kontaktfreudige und gut instruierte Genossinnen und Genossen für die Aktion motivieren.

- Am einfachsten sammelt es sich an linken und/oder kulturellen Festen: Dann haben die Menschen Zeit und das Publikum ist eher links. Wir haben am 1.-Mai-Fest die bisher besten Erfahrungen gemacht.

- Vollständige und unfrankierte Mitgliederanfrageformulare mitnehmen: Wir brauchen möglichst alle Angaben der Personen (analog zum Onlineformular der SP Schweiz). Selbstverständlich haben wir in der Tasche auch vorfrankierte Formulare dabei für jene, die es sich nochmals überlegen möchten.

- Neumitgliedern und Sympis für ihren Beitritt danken: Als Zeichen dafür schenken wir ihnen ein Give-away.

Via Bodenzeitung ins Gespräch kommen

Besonders einfach haben wir die Aufmerksamkeit von Passantinnen und Passanten mit einer Bodenzeitung gewinnen können. Die Bodenzeitung ist eine zirka 2 mal 3 Meter grosse beschriftete Blache, die je nach Örtlichkeit auf den Boden oder an eine Wand geklebt wird. Darauf stehen drei einfache politische Fragen, zu denen die Passantinnen und Passanten ihre persönliche Meinung mit einem Klebepunkt auf einer Skala von 1 bis 10 abgeben können. Verblüffend viele machen spontan mit und wer die Leute beim Kleben beobachtet, gewinnt sofort einen Eindruck, wer in die SP passen könnte. Schliesslich wird auf der Bodenzeitung auch darauf aufmerksam gemacht, dass man sich einen SP-Beitritt überlegen soll, wenn man mindestens in zwei von drei Fällen mit Ja geantwortet hat.

Zugegeben: Mitgliedergewinnung braucht zuerst etwas Überwindung, aber es funktioniert! Die Aktion ist allein schon der interessanten Gespräche wegen eine echte Bereicherung. Aber auch das Resultat lässt sich sehen: An der «Schulung Mitgliederwerbung» haben wir mit 20 Genossinnen und Genossen in einer Stunde 9 Mitglieder und 22 Sympis gewonnen!



Das kommt bei Passantinnen und Passanten gut an: Im Unterschied zu anderen Organisationen werben bei der SP Mitglieder neue Mitglieder.

Marianne Rybi ist politische Sekretärin bei der SP Kanton Zürich



Milliardengrab Bypass? Nein danke!

Vor kurzem veröffentlichte das Bundesamt für Strassen ASTRA den zweiten Städtevergleich zur Verkehrssicherheit. Darin werden die Anzahl Unfälle und Opfer in den zehn grössten Schweizer Städten miteinander verglichen. Wie bereits in der ersten Studie ist auch dieses Mal die Anzahl Unfälle mit Personenschäden nirgends höher als in der Stadt Luzern. Und wiederum erreicht Luzern den traurigen ersten Rang vor allem durch die hohe Anzahl Unfälle mit Velofahrenden und Fussgängern als Opfern.

Beobachter der (kantonalen) Verkehrspolitik erstaunt dies nicht. Denn obwohl seit Jahren im Strassenverkehrsgesetz festgeschrieben ist, dass bis Ende 2013 (!) 90 Prozent des Radroutenkonzepts 94 fertig gebaut sein müssten, stieg der Anteil des fertig gestellten Radroutennetzes von 2008 bis 2012 von 54,7 auf gerade einmal 58,1 Prozent!

Während der politische Wille fehlt, die Mittel zur Umsetzung dieses gesetzlichen Auftrags zur Verfügung zu stellen und damit schwere oder sogar tödliche Unfälle zu vermeiden, wurde nun vom Kanton zur Lösung aller Verkehrsprobleme das Milliardenprojekt Bypass präsentiert. Die Idee dahinter ist, dass mit einem Tunnel von Emmen nach Hergiswil und neuen Zufahrten direkt in die Stadt hinein – Spange Süd und Spange Nord – der Stau auf den anderen Strassen verringert und die Kapazität der Autobahn erhöht werden kann. Die heutige Autobahn würde dann zu einer Stadtautobahn, während der Transitverkehr über den Tunnel geführt würde.

Obwohl der Bund bei der Finanzierung zukünftiger Strassenbauprojekte den Bypass Luzern im Topf mit der geringsten Priorität einordnet – Planungsbeginn gegen Mitte des Jahrhunderts – soll sich laut Kanton die Planung nun auf dieses Mammutprojekt ausrichten.

Wir werden dafür kämpfen, dass der Kanton eine Verkehrspolitik bekommt, die Probleme löst, statt neue schafft.

Dabei geht völlig vergessen, dass heute zwischen 80 und 85 Prozent des Autoverkehrs Start- und Zielort innerhalb der Agglomeration hat. Der Bypass würde da keine Lösung bringen.

Wenig Worte verliert man auch darüber, dass der Bund das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Bypass als schlecht einschätzt und darum einzelne Teile, wie die Zufahrten in die Stadt hinein, vom Kanton bezahlen lassen will. Das wären Kosten in der Höhe einiger hundert Millionen Franken.

Während auch Flächenkantone wie Bern, Freiburg und Zürich auf mehr öV und Langsamverkehr beziehungsweise auf Verkehrsreduktion setzen und damit nicht nur weniger Unfälle und Stau, sondern auch ruhigere und lebenswertere Dörfer und Quartiere haben, würde Luzern mit dem Bypass die Weichen für einen Rückfall in die Betonpolitik vergangener Jahrzehnte stellen.

Um das zu verhindern, hat sich ein neues Komitee gegründet. Neben der SP gehören der VCS, die Grünen, Pro Velo, UmVerkehr und Einzelpersonen dem Komitee an. Gemeinsam werden wir dafür kämpfen, dass der Kanton eine Verkehrspolitik bekommt, die Probleme löst – siehe Städtevergleich Verkehrssicherheit – statt neue schafft.

www.bypass-nein.ch

Daniel Gähwiler

Vizepräsident SP Kanton Luzern



Gemeinsam das Ruder herumreissen!



Die Spitzen der Bürgerlichen, ja sogar Finanzdirektor Marcel Schwerzmann, wissen es schon längst: Die Steuerdumpingstrategie ist gescheitert! Der Kanton Luzern ist leckgeschlagen und treibt bedingt manövrierfähig von einer Felswand zu nächsten. Bei jedem Aufprall werden die Löcher im Rumpf etwas grösser und die darauffolgenden Flickereien notdürftiger.

In der Parlamentsdebatte zur Steuergesetzrevision von 2009 versprochen die Bürgerlichen und mit ihnen der Finanzdirektor, dass es deswegen keine Sparpakete geben würde. Unterdessen wissen

wir: Dieses Versprechen war etwa ähnlich viel wert wie jenes von Walter Ulbricht, keine Mauer zu bauen.

Im Budget 2013 wurden 56.6 Millionen Franken gestrichen und für 2014 109 Millionen, in den nächsten drei Jahren sind weitere Sparmassnahmen in der Höhe von 210 Millionen Franken vorgesehen. Ein Ende ist nicht in Sicht. Insbesondere deshalb, weil sich die Finanzdirektion bei der Entwicklungsprognose zur Unternehmenssteuer jeweils auf Fantazahlen stützt.

Vor diesem Hintergrund entbehren die Durchhalteparolen von Kapitän Marcel Schwerzmann und seiner bürgerlichen Offiziere nicht einer gewissen tragischen Komik.

Wir könnten zuschauen und uns an diesem Schauspiel erfreuen – wenn wir nicht alle im gleichen Boot sässen. Und mit uns allen auch die schwächsten Luzernerinnen und Luzerner: Menschen mit einer Behinderung, sozial Benachteiligte, aber auch Schülerinnen und Schüler. Wie schon mehrmals zuvor werden auch unter dem neusten Sparpaket jene am meisten leiden, welche für die finanzielle Misere keinerlei Verantwortung tragen. Aber selbst damit wird das neue 210-Millionen-Loch nicht gestopft werden können.

Eine Untersuchung eines externen Instituts hat bestätigt: Der Kanton Luzern hat unterdurchschnittliche Verwaltungskosten. Weitere Einsparungen sind einzig mit einem Leistungsabbau möglich.

Die SP Kanton Luzern kämpft dagegen – gemeinsam mit dir:

- Hilf mit bei der Unterschriftensammlung für die Erhöhung der Unternehmenssteuern.
- Engagiere dich in den Wahlkämpfen von nächstem Jahr. Warum kandidierst du nicht gleich selbst für den Kantonsrat?
- Mit wenig Geld können wir viel erreichen. Aber ein wenig Geld brauchen wir trotzdem.

Damit der Kanton Luzern nicht weiter leckschlägt und das Ruder endlich herumgerissen wird.

David Roth, Kantonsrat SP Luzern, Vizepräsident SP Schweiz, Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben sowie der Kommission Leistungen und Strukturen II (Kommission für das nächste Sparpaket)



Nina Hochstrasser

Basel: Eine Medienlandschaft im Umbruch

Es tut sich einiges auf dem Medienplatz Basel. Während die Basler Zeitung (BaZ) restrukturiert wurde, hat sich die bz Basel/Basellandschaftliche Zeitung (bz) vom kantonal verankerten zum regional bedeutenden Blatt gemauert. Mit der stiftungsfinanzierten TagesWoche (TaWo) kam 2011 ein neues Medium dazu, das auf eine Kombination von Print und Online setzt. Grund genug, einen Blick auf die Medienlandschaft Basel zu werfen. Darüber haben wir mit Urs Buess und Guy Krneta gesprochen.

Die Übernahme der BaZ kam für viele überraschend. Wie kam es dazu?

Buess: Seit es die BaZ gibt, gehört es in Basel zum guten Ton, sie zu kritisieren und sich über das Blatt lustig zu machen. Eigentlich hatte sie bei den LeserInnen nie grossen Rückhalt. Christoph Blocher kreiste seit längerem wie ein Geier über der Schweizer Medienlandschaft und hielt Ausschau nach einem kleinen Mäuschen – einer Zeitung, die er übernehmen konnte. Blocher war ursprünglich an einer aufs Mittelland ausgerichteten Zeitung interessiert. Dass es eine Basler Zeitung getroffen hat, ist eigentlich Zufall und hängt mit der wirtschaftlichen Schwäche der BaZ und damit, dass sie noch nirgends angeschlossen war, zusammen.

Krneta: Eigentlich ist Blochers Plan nicht wirklich aufgegangen. Die Expansion aufs Mittel-

land ist immer noch sein Ziel. Es gab ja bereits Versuche, die bz einzubinden. Einem solchen Deal ist bisher der publizistische Ehrgeiz von bz-Verleger Peter Wanner in die Quere gekommen.

Wie würden Sie den Stil der BaZ beschreiben?

B: Diffamierend, teilweise stillos, verletzend. Die Absicht ist, die Gesellschaft zu destabilisieren. Es werden laufend Geschichten publiziert, welche Personen fertig machen.

K: Was die BaZ macht, hat nichts mehr mit normalem Journalismus zu tun. Sie betreibt Kampagnenjournalismus, sägt gezielt an demokratischen Institutionen, operiert mit falschen Fakten. Wenn diese korrigiert werden, wird das Ganze als Debatte dargestellt, als ob es sich um unterschiedliche Meinungen handelte. Besonders verheerend ist, wenn andere

Medien und politische Akteure auf den Zug aufspringen. Gegen eine solche BaZ müsste man strategischer vorgehen und alle Möglichkeiten von Boykott durchspielen.

B: Diese BaZ muss man mit einer gewissen Gelassenheit lesen, statt an der Hysterie teilzunehmen. Sie ist jetzt halt einfach ein SVP-Blatt. Der Einfluss der Zeitung ist nicht so gross. Ich habe Vertrauen in die Zivilgesellschaft, dass sie diese Kampagne durchschaut. Die Aufregung um die Weltwoche hat sich schliesslich auch wieder gelegt.

Die TaWo ist im Umbruch der BaZ entstanden.

Was kann man derzeit zur TaWo sagen?

K: Inhaltlich müsste die TaWo stärker an ihren Themen dranbleiben. Das kommt jetzt langsam. Online wird die TaWo immer interessanter, mit der Papierausgabe kann ich mich



Urs Buess, ehemaliger Redaktor bei der BaZ und der TaWo

nicht recht anfreunden. Ich weiss nicht genau, für wen die gemacht wird. Falsch ist, dass die Finanzierung über die Papierausgabe erfolgt. Da hätten von Anfang an andere, partizipative Modelle versucht werden müssen. Eine breite Eigentümerschaft wäre besser, gerade auch mit einer starken Mäzenin im Rücken.

B: Ein Modell mit einer einzelnen Geldgeberin oder einem einzelnen Geldgeber birgt die Gefahr, dass sowohl für die Öffentlichkeit als auch für die Redaktion undurchsichtige Abläufe und Machenschaften entstehen, die ans Sektiererische grenzen. Das hat dem Ruf und der Qualität sowohl der BaZ als auch der TaWo geschadet.

K: Die Bereitschaft für andere Finanzierungsformen gab es aber. Es gab 2010 viele Einzel-

personen, die das neue Projekt unterstützen wollten. Mir ist nicht klar, warum diese nicht eingebunden wurden.

Wie steht es mit der bz Basel?

B: Die bz hat den Willen, sich stärker in der Stadt Basel zu etablieren. Hier liegt eigentlich die letzte Chance, etwas gegen die BaZ-Kampagne zu unternehmen. Dazu braucht es die Unterstützung der BaslerInnen. Leider gilt die bz nach wie vor als Liestaler Blatt. Und in der Stadt rümpft man die Nase, wenn etwas aus Liestal kommt. Es bräuchte hier eine spezifischere regionale Ausrichtung. Ich sehe da eine Chance.

K: Die bz ist in einem Zwischenzustand, da könnte es demnächst noch grössere Veränderungen geben. Grundsätzlich hat die bz viele Sympathien trotz ihrer Handicaps. Wenn die Zeitung nur schon einen besseren Namen hätte und ein bisschen anders strukturiert wäre! Ich gehe davon aus, dass die bz in Zukunft zum Leitmedium wird. Dann würde die TaWo neben der rechtsextremen BaZ zur dritten Stimme, welche an einzelnen Themen drangleibt.

Was ist die Zukunft der Basler Medienlandschaft?

B: Die Medienlandschaft Basel ist vielfältiger als auch schon. Momentan nehme ich eine Verschiebung des Medien-Mainstreams in Richtung konservativer Journalismus wahr – rechts ist salonfähig geworden.

K: Es muss möglich werden, Debatten wieder von links zu führen und Widersprüche zwischen linken Positionen und rot-grünen Regierungen auf Kantons- und Gemeindeebene öffentlich auszutragen. Die permanenten Angriffe der Rechten auf den Staat dürfen uns nicht zu kleinmütigen Verteidigern von Entwicklungen machen, die wir eigentlich ablehnen.

B: Gibt es denn noch Linke in Basel? Es gibt Freizeit-Linke und Lifestyle-Linke, aber sonst...? Eine gewisse Hoffnung sehe ich darin, dass mit Peter Wanner ein echter Verleger sich ein stärkeres Engagement in der Stadt überlegt. Wie sich die BaZ weiter entwickeln kann, ist für mich hingegen ein grosses Rätsel.

K: Die Hauptfrage ist, wie der Journalismus künftig finanziert wird. Als demokratische Öffentlichkeit sind wir angewiesen auf Qualitätsjournalismus. Um ihn zu finanzieren, braucht es neue Modelle und neue Ansätze. Denn es wird vermehrt private Akteure geben, die sich die ihnen genehme Berichterstattung einiges kosten lassen.

B: Die Diskussion über die Finanzierung von Qualitätsjournalismus ist in Gange. Gerade im Zusammenhang mit dem Online-Journalismus ist einiges in Bewegung. Aber Bezahl-schranken funktionieren nicht für Alltags-



Guy Krneta, Mitbegründer der Aktion «Rettet Basel!»

meldungen. Was wir noch unterschätzen, sind die sozialen Medien. Auf Twitter und Facebook gibt es viel Schrott, aber sie verbreiten auch sehr schlaue Artikel. Diese Kanäle stützen zwar das Geschäftsmodell der Medien nicht, aber sie sind wichtig für die Demokratie, weil sie die Vielfalt der Berichte erhöhen.

Basel, 16. Mai 2014

Nina Hochstrasser
Parteisekretärin
SP Baselland
Livia Diem
Parteisekretärin
SP Basel-Stadt



TSCHOU

Gesamtpaket SP besser erklären

Die Grossratswahlen liegen zwei Monate zurück, der Pulverdampf des Wahlkampfes hat sich gelegt – Zeit für einen Rückblick. Die SP hatte zuvorderst gegen die bürgerlichen Abbaumassnahmen und die zeit-



gleiche Erhöhung der Grossratslöhne gekämpft. Da musste ein Wahlsieg für die SP doch möglich sein?! Leider hat es nicht geklappt. Gewonnen haben andere, zum Beispiel die SVP. Trotz Abbaumassnahmen und eigener Lohner-

höhung. Es scheint, dass sich die SVP alles erlauben kann. Politische Inhalte spielen bei ihrer Wählerschaft wohl nur noch eine untergeordnete Rolle. Die beiden anderen Siegerinnen heissen GLP und EVP, selbst ernannte Mitteparteien. Klar, die Mitte liegt im Trend. Aber da ist eben mehr: GLP und EVP haben sich genau wie die SP gegen die eigene Lohnerhöhung ausgesprochen. Auf der Verliererseite steht vor allem die BDP. Sie büsste 11 Sitze ein, fast die halbe Fraktion. Sie hat als einzige bürgerliche Kraft für die unsoziale Politik der letzten Jahre gebüsst.

Was lernen wir daraus? Politische Inhalte sind zwar wichtig, aber sie reichen nicht aus für Wahlerfolge. Auf rechter Seite werden Abbaumassnahmen und gleichzeitige Lohnerhöhungen ohne weiteres akzeptiert. Auf linker Seite wird der Kampf dagegen quasi erwartet – Applaus in Form von zusätzlichen Wählerstimmen gibt es kaum. Nur unter den Parteien in der diffusen Mitte zeigte der politische Positionsbezug deutliche Auswirkungen. Was bedeutet das für die Zukunft? Soll sich die SP mehr gegen diese Mitte öffnen? Nein! Die SP muss zu ihren linken Positionen stehen! Aber die SP muss sich gegenüber der mitteaffinen Wählerschaft besser erklären. Wir müssen das Gesamtpaket SP einfacher und klarer an die Frau und den Mann bringen. Das braucht viel Zeit, Kraft und gute Köpfe. Aber dann werden wir beim nächsten Mal wieder gewinnen!

David Stampfli, Parteisekretär



Inhaltlich setzt die neue SP-Grossratsfraktion unter der Leitung von Präsident Michael Aebersold und der VizepräsidentInnen Elisabeth Striffeler und Adrian Wüthrich auf vier Schwerpunkte.

Legislaturstart des Grossen Rats

Nach den Grossratswahlen vom 30. März 2014 besteht die SP-JUSO-PSA-Fraktion neu aus 36 Mitgliedern (33 SP, 3 PSA). Inhaltlich setzt die paritätisch zusammengesetzte Fraktion in der eben begonnenen Legislatur auf vier Schwerpunkte.

Diese Schwerpunkte sind: soziale Gerechtigkeit, gute Bildung, starker Kanton Bern und lebenswerte Umwelt. Übergeordnet setzen wir uns ein für Chancengleichheit, die Gleichstellung von Männern und Frauen sowie für Menschen mit Behinderungen. Wir pflegen die Zweisprachigkeit im Kanton Bern, denn Bern nimmt als zweisprachiger Kanton eine wichtige Brückenfunktion ein.

Soziale Gerechtigkeit

Lohngerechtigkeit, Integration und Armutsbekämpfung bleiben Kernthemen. Unter dem Titel Respekt vor dem Alter will die Fraktion dafür sorgen, dass ältere und betagte Menschen möglichst lange unabhängig in den eigenen vier Wänden leben können. Zu sozialer Gerechtigkeit gehört eine umfassende medizinische Grundversorgung. Die Spital-Initiative «Riggisberg ist überall» ist der falsche Weg. Im Gesundheitsbereich gibt es noch weitere Nüsse zu knacken: Zum Beispiel gute Rahmenbedingungen für die öffentlichen Spitäler zu schaffen oder die Fusion von Insepspital und Spital Netz Bern umzusetzen.

Gute Bildung

Entscheidend für schulischen Erfolg ist der Start ins Bildungsleben. Schwerpunkte setzt die Fraktion bei der Früh- und Schulförderung

sowie der Berufsbildung. Wir fördern Kindertagesstätten mit gut ausgebildetem Personal und setzen auf Ganztageschulen. Der Einstieg in den Beruf ist ein weiteres Schlüsselmoment für die Jugendlichen. Damit dieser gelingt, braucht es beste Berufsschul- und Brückenangebote und berufsvorbereitende Schuljahre.

Starker Kanton Bern

Der Kanton Bern soll mit der Entwicklung der Schweizer Wirtschaft mithalten. Erfolgreiche Unternehmen, eine gut ausgebaute Infrastruktur, die nachhaltige Nutzung des Raumes, hochstehende Bildung und Innovation sind Schlüsselgrößen für Wohlstand und soziale Gerechtigkeit. Ein Leuchtturmprojekt der nächsten Jahre ist der nationale Innovationspark in Biel.

Lebenswerte Umwelt

Energie und Verkehr sind seit jeher Kernthemen der SP. In den nächsten Jahren geht es darum, den mit dem kantonalen Energiegesetz von 2011 beschrittenen Weg weiterzugehen und der Energiestrategie 2050 des Bundes zum Durchbruch zu verhelfen. Mit viel Energie kämpfen wir auch für das Tram Region Bern.

Michael Aebersold, Fraktionspräsident, Elisabeth Striffeler und Adrian Wüthrich, Vizepräsidium

Auf den Spuren der Holzmafia

«Raubzug auf den Regenwald» heisst ein neues Buch des Bruno Manser Fonds über die malaysische Holzmafia. Die Spuren führen auch in die Schweiz: Seit zwei Jahren ermittelt die Bundesanwaltschaft gegen die UBS wegen mutmasslicher Geldwäscherei von Korruptionserträgen aus dem Tropenholzgeschäft.

Am 11. April 2006 betrat der malaysische Unternehmer Michael Chia die UBS-Filiale in Singapur, fuhr mit dem Lift in den 18. Stock und verlangte seinen Kundenberater zu sehen. In der Tasche trug er elf Schecks im Wert von 15 Millionen US-Dollar. Das Geld stammte von Holzbaronen aus Malaysia und war für Musa Aman, den Regierungschef des malaysischen Bundesstaats Sabah, bestimmt. Musa, ein langjähriger UBS-Kunde, war korrupt und erteilte gegen Geld Bewilligungen für die Abholzung des Regenwalds von Borneo und den Export der wertvollen Tropenhölzer ins Ausland. Die UBS verdiente an seinen krummen Geschäften mit – mehr als 90 Millionen Dollar soll sie über Konti von Musas Mittelsmännern in Hongkong, der Karibik und der Schweiz gewaschen haben.

Seit einer Strafanzeige des Bruno Manser Fonds gegen die UBS im Mai 2012 ermittelt die Bundesanwaltschaft. Interpellationen der SP-Nationalratsmitglieder Carlo Sommaruga und Claudia Friedl bauten im Parlament politischen Druck auf.



Die Holzmafia zerstört den Lebensraum der Penan.



Lukas Straumann:

Raubzug auf den Regenwald

Auf den Spuren der malaysischen Holzmafia
Zürich 2014 (Salis Verlag)
Gebunden, 384 Seiten,
Fr. 34.80.
ISBN 978-3-906195-05-6

Die Profiteure der Abholzung

Die Dienstleistungen der UBS für Musa Aman sind nur eine von vielen Verflechtungen der Finanzindustrie mit der malaysischen Holzmafia, die Umweltzerstörung, Korruption und die Missachtung von Menschenrechten zum Geschäftsmodell gemacht hat. Auch die Deut-

sche Bank, Credit Suisse, Goldman Sachs und die HSBC haben am Geschäft mit den malaysischen Potentaten verdient. «Raubzug auf den Regenwald» geht der Frage nach, wo nach dreissig Jahren Abholzung in Borneo das Geld aus der Zerstörung der Regenwälder gelandet ist, und kommt dabei zu erstaunlichen Ergebnissen.

Im Zentrum steht der Potentat Taib Mahmud, seit über dreissig Jahren Herrscher über den Bundesstaat Sarawak, wo der Regenwaldschützer Bruno Manser im Jahr 2000 spurlos verschwand. Der Taib-Familie gehören heute Immobilien und Beteiligungen an über 400 Firmen in 25 Staaten im Wert von mehreren Milliarden Franken. Die Welt schaute untätig zu, während die Taibs den Regenwald von Borneo abholzten und ihr Vermögen ins Ausland schafften. Zu diesem gehören Luxusimmobi-

lien in London, das Hilton-Hotel im australischen Adelaide, Bürotürme in Kanadas Hauptstadt Ottawa und sogar ein Hochhaus der amerikanischen Bundespolizei FBI in Seattle.

Die Indigenen verlieren

Während die Herrscherfamilie von Sarawak ihren Reichtum ins Unermessliche steigerte, gingen die indigenen Penan im Regenwald leer aus. Nach der Abholzung der Urwälder mussten die letzten Sammler und Jäger Südostasiens ihre traditionelle Lebensweise umstellen und sesshaft werden. Heute drohen Ölpalm-Plantagen und Staudämme ihren Lebensraum vollends zu zerstören.

«Raubzug auf den Regenwald» soll aufrütteln und zum Nachdenken über eine entfesselte globale Rohstoff-Wirtschaft anregen. Das journalistisch geschriebene Buch macht aber auch Hoffnung und zeigt, wie die Indigenen von Borneo, unterstützt von westlichen NGOs, ihre Rechte einfordern und sich für die Rettung der letzten Regenwälder engagieren.

FAIRNESS IM TROPENWALD

Der Bruno Manser Fonds engagiert sich für den Erhalt der bedrohten tropischen Regenwälder und insbesondere für die Rechte der Regenwaldbevölkerung. Der Umweltschützer Bruno Manser gründete den Verein 1991 als Reaktion auf die massiv voranschreitende Abholzung der Regenwälder. Von 1984 bis 1990 lebte er im ma-

laysischen Bundesstaat Sarawak beim Volk der Penan, welches damals eines der letzten nomadisch lebenden Urwaldvölker der Erde war. Der Bruno Manser Fonds unterstützt die Penan mit konkreten Projekten sowie bei der politischen Organisation und leistet international Aufklärungsarbeit. www.bmf.ch



Lukas Straumann ist Historiker und Geschäftsleiter des Bruno Manser Fonds in Basel

Soziale Werte verbinden Generationen

«Wie gewährleiste ich, dass meine Anliegen, Werte und Überzeugungen, die mir ein Leben lang wichtig waren nach meinem Tod Bestand haben?» – Der Testament-Ratgeber der SP Schweiz liefert die wichtigsten Infos darüber, wie ein Testament erstellt werden kann und welche die rechtlichen Grundlagen sind.

Ich werde oft gefragt, ob mich mein Job nicht ab und zu etwas trübselig mache. Am Anfang hatte ich tatsächlich manchmal Mühe. Nicht mit dem Thema an und für sich, sondern weil ich das Gefühl hatte, es sei ein Tabu für viele Menschen, über den Tod und die Hinterlassenschaft zu sprechen. Ich merkte aber sehr schnell, dass das ein Vorurteil ist. Der Tod gehört zum Leben und wird, je älter man ist, auch zu einer Selbstverständlichkeit. Das merke ich immer wieder, wenn ich mich mit älteren Menschen unterhalte. Für sie ist es oft ein echtes Bedürfnis, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und dafür auch eine Ansprechperson zu haben. Sie wollen wissen, auf welche Art und Weise ihr Engagement auch nach ihrem Tod weiterleben kann, oder sie wollen sich über die rechtlichen Grundlagen informieren. Mein Job besteht einerseits darin aufzuzeigen, welche Möglichkeiten es gibt, und andererseits konkrete Unterstützung in Form von Beratungen anzubieten. Mit meinen Beratun-

gen kann ich den Menschen dabei helfen, für sie wichtige Dinge zu regeln. Eine 80-jährige Frau hat mir einen für mich wichtigen Satz mit auf den Weg gegeben: «Als mein Mann vor 15 Jahren bei einem kleineren operativen Eingriff überraschend verstarb, konnte ich «glücklich traurig» sein, denn wir hatten alles gemeinsam geklärt, besprochen und aufgeschrieben und ich wusste, wie es für mich weitergehen würde und was er gewollt hatte. Ich konnte in der Wohnung bleiben und wusste, wo sich alle

wiel jemand von sich preisgeben will, hängt jedoch ganz von der betreffenden Person ab. Oft hat jemand ganz konkrete Fragen und möchte diese möglichst rasch und nüchtern beantwortet haben. Das passiert sehr oft auch per E-Mail. Andere stecken vielleicht in einer schwierigen und komplizierten Lebenssituation und benötigen nicht nur fachliche und nüchterne Auskünfte, sondern auch jemanden, der ihnen zuhört und sie versteht. Eine solche Beratung kann dann entsprechend länger gehen und intensiver sein. Dabei ist es wichtig, dass die Grenzen klar sind. Ich beriet einmal einen älteren Witwer, der keine Kinder hatte und die Organisation, für die ich damals arbeitete, im Testament berücksichtigt hatte.

Ein Testament zu erstellen, hat nichts mit dem Sterben zu tun, hingegen sehr viel mit Selbstbestimmung.

wichtigen Papiere befanden. Das hat die für mich ohnehin schon schwierige Situation sehr erleichtert.»

Individuelle Beratungen

Bei meiner Arbeit lerne ich die Menschen und ihre Geschichten zum Teil sehr gut kennen. Wie

Mein letzter Wille

Was mir zu Lebzeiten lieb und wichtig ist, soll auch danach noch Bestand haben: meine sozialen Werte sollen weiterleben. Deshalb bestelle ich den Testament-Ratgeber der SP Schweiz.

Vorname / Name

Strasse

PLZ

Ort

Datum

Unterschrift

Denn eine soziale Schweiz für die Zukunft zu sichern, ist unser gemeinsames Ziel.

Bitte Coupon einsenden an:
Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Spitalgasse 34, Postfach, 3001 Bern

Tel. 031 329 69 87
eliane.boss@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

ja 

onen



Der Testament-Ratgeber kann per Mail an admin@spschweiz.ch oder unter www.spschweiz.ch/nachlassplanung bestellt werden. Für Fragen und/oder Bemerkungen stehen wir gerne zur Verfügung: Eliane Boss, Spitalgasse 34, Postfach, 3001 Bern oder eliane.boss@spschweiz.ch



Wir hatten ab und zu schriftlichen oder telefonischen Kontakt und er wollte mir als persönliches Dankeschön eine Uhr vermachen. Das konnte ich natürlich nicht annehmen.

Wichtig ist auch, dass niemand zu einem Legat überredet wird. Grundsätzlich sollen nur die Menschen eine Organisation oder Partei berücksichtigen, die dies auch wirklich aus Überzeugung wollen.

Soziale Werte verbinden Generationen

Der Testament-Ratgeber der SP Schweiz mit dem Titel «Soziale Werte verbinden Generationen» ist in erster Linie ein praktisches Hilfsmittel. Er liefert die wichtigsten Informationen darüber, wie ein Testament erstellt werden kann und welches die rechtlichen Grundlagen sind. Den Ratgeber haben wir so praktisch und übersichtlich wie möglich gestaltet: mit einem Glossar, Checklisten, Mustertestamenten sowie Vermögens- und Sachlisten.

Natürlich möchten wir mit dem Testament-Ratgeber auch zum Nachdenken anregen:

«Wie gewährleiste ich, dass meine Anliegen, Werte und Überzeugungen, die mir ein Leben lang wichtig waren, auch nach meinem Tod Bestand haben? Wie kommen wir dem Ziel einer sozialen, gerechten und solidarischen Gesellschaft einen kleinen Schritt näher – heute, aber auch für die zukünftigen Generationen? Was können Legate eigentlich bewirken?» – Das sind Fragen und Gedanken, die wir mit dem Testament-Ratgeber anstossen möchten. Und selbstverständlich freuen wir uns und stehen wunschgemäss mit Rat und Tat zur Seite, wenn er bestellt wird.

Häufig werde ich gefragt, ob es denn viele Mitglieder gebe, die die SP im Testament berücksichtigen. Meine Antwort darauf lautet: Ja, es sind einige. Die meisten möchten es nicht preisgeben; es ist ein persönlicher Entscheid. Sie helfen damit im Stillen. Zwei Frauen – Marie Böhlen und Mascha Oettli – haben ihr Legat jedoch öffentlich gemacht. Die Wirkungsgeschichte davon findet sich auf www.spschweiz.ch/nachlassplanung oder im Testament-Ratgeber.

Testament hat mit Selbstbestimmung zu tun

Ich selber habe ein Testament. Ich habe es kurz vor meinem vierzigsten Geburtstag verfasst und festgestellt, dass das eine nicht ganz einfache Aufgabe ist. Man muss sich viele Gedanken machen und überlegen, was man wem oder wie weitergeben möchte. Vor allem braucht es Zeit und Ruhe.

Ein Testament ist nicht in einer Stunde geschrieben. Nach dem Verfassen ist es gut, wenn man von einem Notar oder einer Anwältin überprüfen lässt, ob das Testament rechtlich auch in Ordnung ist. Man möchte mit einem Testament schliesslich Streitigkeiten unter den Angehörigen und Verwandten vermeiden – und nicht das Gegenteil bewirken. Zudem sollte man es ab und zu aus der Schublade nehmen, denn ein Testament sollte und kann immer den gegebenen Lebensumständen oder Situationen angepasst und geändert werden.

Ich bin der Meinung, dass jeder Mann und jede Frau ein Testament haben sollte, unabhängig davon, wie alt man ist. Ein Testament zu erstellen, hat grundsätzlich nichts mit dem Sterben zu tun, hingegen sehr viel mit Selbstbestimmung.



Eliane Boss ist Projektleiterin Fundraising der SP Schweiz und zuständig für den Bereich Nachlassplanung und Legate

KNALLROT



Yvonne Feri
Nationalrätin AG und Präsidentin
der SP Frauen Schweiz

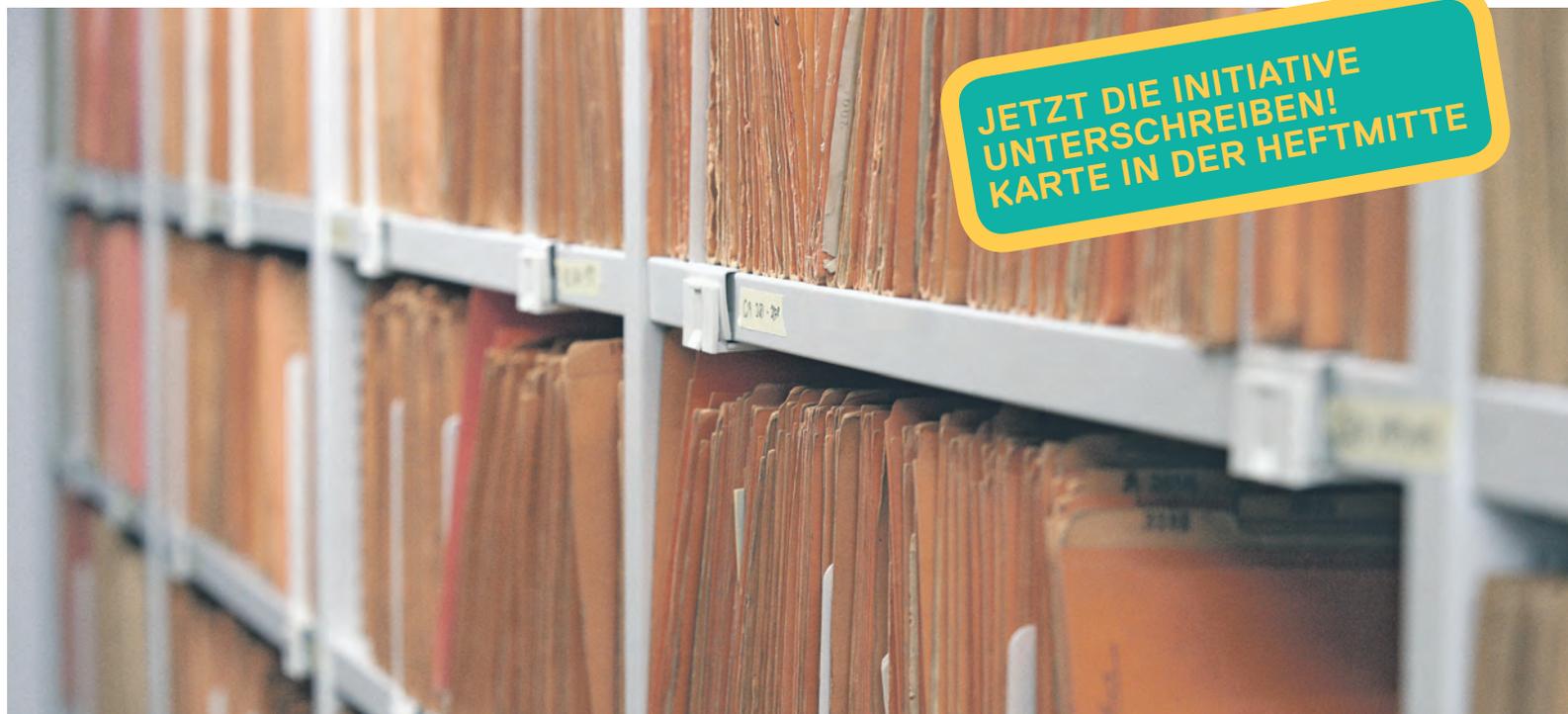
Ein gewaltiger Rückschritt

Die Ecopop-Initiative fordert nicht nur eine Senkung der jährlichen Nettozuwanderung, sondern auch, dass mindestens 10 Prozent der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit künftig zur Förderung der freiwilligen Familienplanung eingesetzt werden. Indirekt bedeutet das: In der Bundesverfassung wird festgeschrieben, der Bund müsse in der Entwicklungszusammenarbeit künftig einen Fokus auf die Familienplanung richten. Ausgehend vom Rahmenkredit 2013–2016 für Entwicklungszusammenarbeit geht es um jährlich über 200 Millionen Franken – viel Geld für ein Instrument, das kaum Wirkung zeigen wird und von einer falschen Sichtweise auf die Problematik des weltweiten Bevölkerungswachstums zeugt.

Zugespitzt könnte man sagen: Die Initiative verlangt, dass in Entwicklungsländern mehr Geld für Verhütungsmittel ausgegeben wird. Familienplanung kann aber als einzelne, isolierte Massnahme nicht fruchten. Sie hängt mit zahlreichen anderen Themen wie der Sicherstellung sexueller Gesundheit und Aufklärung, der Verhinderung sexueller Gewalt und der Gleichstellung der Geschlechter zusammen. Die Realität in Entwicklungsländern zeigt, welcher Hohn es ist, anzunehmen, ein Kondom helfe Frauen bei der Entscheidung, ob respektive wann sie Kinder wollen. Gesellschaftliche Faktoren wie die fehlende Bekämpfung von Zwangsheiraten oder Geschlechterdiskriminierung und der fehlende Zugang zu Bildung für Mädchen haben wesentlich mehr Einfluss.

Die Initiative missachtet bereits beschlossene, international abgestützte und menschenrechtlich legitimierte Massnahmen: Das Aktionsprogramm von Kairo wurde 1994 von rund 180 Regierungen, darunter die Schweiz, verabschiedet. Es orientiert sich an den Menschenrechten und richtet den Fokus auf die reproduktive Gesundheit, den Zugang zu Bildung für alle und die Gleichstellung der Geschlechter, um eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung zu erreichen. Die Ecopop-Initiative stellt im Vergleich dazu einen gewaltigen Rückschritt dar. Die Vorgabe eines fixen Kredits, einzig um die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln zu erhöhen, verhindert Investitionen in wichtigere, nachhaltige Programme. Aus all diesen (und weiteren) Gründen gilt es die Initiative auch aus Sicht der SP Frauen klar abzulehnen.

Auf der Suche nach der eigenen



Im Stadtarchiv Bern lagern unter anderem 25 000 bis 30 000 Dossiers der Sozialen Fürsorge aus dem Zeitraum von 1920 bis 1960.

Der Zugang zu Akten ist eine zentrale Forderung, die in der Debatte rund um die Betroffenen von fürsorglichen Zwangsmassnahmen immer wieder auftaucht. Was einfach tönt, stellt sich in der Praxis im Stadtarchiv Bern als sehr komplex heraus.

Kommt ein ehemaliges Verdingkind zu uns ins Archiv und möchte seine Akten sehen, geht es meist darum, mehr über die Umstände der Fremdplatzierung zu erfahren. Viele Fragen stehen am Anfang einer Recherche. Je genauer sie Angaben zur Art und zum Zeitpunkt der Massnahme sowie zu den beteiligten Behörden machen können, desto einfacher gestaltet sich der Einstieg. Meist sind es aber Details, an die sich die Betroffenen erinnern: beispielsweise an das schwarze Auto der Fürsorge, in welchem sie als Kind abgeholt und zu einer Pflegefamilie gebracht wurden.

Die Lebensläufe von Verding- und Heimkindern sind komplex und weisen viele verschie-

dene Stationen auf. Akten sind demzufolge über mehrere Archive verteilt.

Zeitaufwändige Recherchen

Im Berner Stadtarchiv lagern unter anderem über 800 Bände mit Vormundschaftsberichten aus dem Zeitraum von 1883 bis 2012. Falls Fremdplatzierte keinen Vormund hatten – was nicht unüblich war – können wir unser Glück bei den Akten der Sozialen Fürsorge versuchen. Glück braucht es bei dieser Recherche wirklich, da die 25 000 bis 30 000 Dossiers nach einem nicht mehr nachvollziehbaren Ordnungssystem abgelegt sind. Die Recherchen sind in jedem Fall sehr zeitaufwändig und verlangen

neben guten Kenntnissen der damaligen Verwaltungsstrukturen ein vernetztes Denken und vor allem Ausdauer und Beharrlichkeit. Sie führen aber nicht immer zum Erfolg. Es gibt auch Anfragen, bei denen wir aufgrund der Angaben überzeugt sind, dass Akten vorhanden sein sollten, wo wir dann aber trotzdem nichts finden. Grund dafür kann sein, dass sie vernichtet oder überhaupt nie angelegt wurden, weil nicht die Stadt Bern zuständig war, sondern eine andere Gemeinde oder der Kanton.

Einblick in die Akten

Ein gutes Gefühl ist es, den Betroffenen mitteilen zu können, dass wir Akten gefunden haben. Für viele ist es das erste Mal, dass sie Akten einsehen können. Die Begegnungen sind eindrücklich, haben wir uns doch bereits vor dem Archivbesuch mit ihnen und ihrer Vergangenheit beschäftigt. Wir fragen uns im Vorfeld, wie stark sich die Erinnerungen mit den Ausführungen in den Akten decken werden. Denn diese zeigen häufig ein eindeutiges Bild: die stets fürsorgliche Pflegemutter und der schwierige, aufmüpfige bettnässende Pflegebub oder der besorgte Vormund und die liederliche Mutter, die einen schlechten Einfluss auf ihre Kinder hat. In einem Vormundschaftsbericht aus dem Jahr 1967 ist sogar die phy-

AKTENEINSICHT

Betroffene haben grundsätzlich ein Recht auf Einsicht in Unterlagen, die öffentlich-rechtliche Institutionen über sie anlegen. Akten des Stadtarchivs Bern unterliegen aber nicht nur dem sogenannten Öffentlichkeitsprinzip, sondern auch dem kantonalen Datenschutzgesetz. Nach Prüfung des Einsichtsgesuches wird ein Termin vereinbart, an dem den Betroffenen die Akten im Lesesaal vorgelegt werden. Eine vom Stadt-

archiv vorbereitete Datenschutzerklärung regelt die gesetzeskonforme Einsichtnahme mit Stillschweigen in Bezug beispielsweise auf Daten weiterer betroffener oder beteiligter Personen. Für die Betroffenen besteht jedoch in jedem Fall die Möglichkeit, den Akten eine Gegendarstellung bzw. Ergänzung beizufügen, welche die in den Akten wiedergegebene Behördensicht relativiert.

Geschichte GENOSSEN

sische Gewalt, welche viele Betroffene erlebt haben, bezeugt: Der Vormund schreibt, dass im Kinderheim Mariahilf in Laufen ein Knabe von einer Schwester körperlich derart hart ge-züchtigt worden sei, dass eingeschritten werden musste. Die Schwester wurde daraufhin versetzt.

In vielen Fällen wurden die Heim- und Verdingkinder sowie die Adoptierten sehr früh von ihren Familien getrennt; sie kennen weder ihre leiblichen Eltern, noch wissen sie etwas über den Verbleib ihrer Geschwister. Die Betroffenen möchten primär mehr über die Umstände ihrer Fremdplatzierung herausfinden. Die Akten geben auch einen Einblick in die Schicksale vieler Erwachsener, die genauso unter den damaligen Umständen litten. Dokumentiert ist aus dem Jahr 1935 der Fall einer «untüchtigen und unfähigen Hausfrau» und Mutter. Ihr Mann war arbeitslos und die ganze Familie wurde seit Jahren von der Sozialen Fürsorge finanziell unterstützt. Bereits nach der Geburt des dritten Kindes hatte der Vormund der Frau «empfohlen, sich unterbinden zu lassen, um weiteren Nachwuchs zu verhüten», was diese zuerst ablehnte, aber nach der Geburt des vierten Kindes wohl unter Druck doch vornehmen liess.

Nach Jahrzehnten endlich Klarheit

Mit dem Erreichen der Volljährigkeit sind viele Betroffene im zwanzigsten Lebensjahr ihren Vormund losgeworden. Bewegend ist folgendes Zitat, welches ein Vormund verfasste: «So ist es schliesslich doch gelungen, aus dem mehrmals gestrauchelten Jüngling einen brauchbaren Menschen und Berufsmann zu machen.» Das Interesse der Behörde – und auch der damaligen Gesellschaft – kommt glasklar zum Ausdruck: nicht in erster Linie das Kind und seine optimale Entfaltung standen im Zentrum, sondern die Entwicklung hin zu jemandem, der für sich selbst sorgen kann und die Gesellschaft nichts kostet.

Wir ArchivarInnen können nur erahnen, was solche Aussagen bei den Betroffenen auslösen und wie sehr sie diese noch beschäftigen werden. Wir spüren aber auch eine grosse Dankbarkeit, weil mit der Akteneinsicht endlich klar wird, was darin dokumentiert ist und was nicht. Viele tragen diese Frage während Jahrzehnten mit sich herum.



Yvonne Pfäffli
ist Archivarin und Vorstandsmitglied
der SP Lyss

Michael Sorg
ist Mediensprecher
der SP Schweiz



Nicht nur für Fussballfans

Alle vier Jahre, pünktlich zur WM, entdecken Verlage und Buchhandlungen das Thema Fussball. Was in den weltmeisterlich dekorierten Schaufenstern angeboten wird, ist jedoch nur zu oft literarischer Fastfood, mit wenig Geschmack und noch weniger Nährwert. Dass es auch anders geht, beweist das wunderbare Buch mit dem schlichten Titel «Fussball. Eine Kulturgeschichte».

Dem Autor gelingt der seltene Spagat, sowohl Fussballfanatikerinnen, die alles über das «Beautiful Game» zu wissen glauben, wie auch Gelegenheitsfans, die sich knapp an den letzten Weltmeister erinnern, mitzunehmen. Dies nicht zuletzt dank seiner Sprache: Klaus Zeyringer ist Germanistikprofessor, formuliert schnörkellos elegant und pflegt eine anekdotische Erzählweise, ohne dabei den roten Faden zu verlieren.

Seine fussballerische Kulturgeschichte beginnt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und endet mit einem Ausblick auf die aktuelle WM in Brasilien. Rasend schnell entwickelt sich der Fussball vom elitären Zeitvertreib der Oberschicht zum populären Massenereignis. Die Popularisierung bringt jedoch auch ihre Schattenseiten mit sich: Kommerzialisierung, Nationalismus und Gewalt inner- und ausserhalb des Stadions gibt es schon in den 1920er-Jahren. Andererseits zeigt Zeyringer am Beispiel Brasilien eindrücklich, wie der Fussball auch gesell-

schaftliche Fortschritte anstossen kann. So ist das Stadion der erste Ort, an welchem sich Arm und Reich, Arbeiter und Grossgrundbesitzer auf Augenhöhe begegnen. Und auf dem Spielfeld tragen dunkelhäutige Spieler wesentlich zur Überwindung rassistischer Vorurteile bei.

Klaus Zeyringer erzählt seinen Mix aus Sport, Soziologie, Geschichte und Politik nicht in langfädigen Abhandlungen, sondern in kurzweiligen Anekdoten. Stellvertretend sei die herzerweichende Geschichte von Matthias Sindelar genannt: Der «Papierene», wie er aufgrund seiner schwächlichen Statur genannt wurde, wuchs als Kind böhmischer Immigranten im Wiener Arbeiterbezirk auf und führte Österreichs «Wunderteam» in den 1930er-Jahren an die Weltspitze. Dank seiner Eleganz und seinem Spielwitz als Idol gefeiert, wurde Sindelar endgültig zur Legende, als er 1938 die österreichische Elf zum Sieg über NS-Deutschland führte und sich danach weigerte, selbst für Grossdeutschland anzutreten. Wenige Monate später wurde Sindelar, Opfer einer Vergiftung, tot aufgefunden, über die Umstände wird in Österreich bis heute spekuliert. Wer während der WM mehr solche Geschichten über Fussball im engeren und weiteren Sinne lesen möchte, dem sei das Buch «Fussball. Eine Kulturgeschichte» wärmstens empfohlen.



Klaus Zeyringer
Fussball.
Eine Kulturgeschichte
Verlag S. Fischer
Wissenschaft
Fr. 32.90
ISBN: 978-3-10-021412-6

Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast?
Schreibe ein Mail an links@spschweiz.ch

Neuer Fachsekretär

Jacques Tissot betreut seit Juni die Delegation der SP in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK). Der Greyerzer hat in Freiburg Geschichte und Volkswirtschaft studiert und ist zweisprachig. Er hat mehrere Praktika in der Bundesverwaltung absolviert und war auf der schweizerischen Botschaft in Madagaskar und im Seco tätig. Jacques nimmt die wichtigen Dossiers der AHV-Reform und der Initiative für eine öffentliche Krankenkasse in die Hand. In seiner Freizeit ist Jacques leidenschaftlicher Velofahrer und Theaterschauspieler, spielt Klavier und Posaune. Sein Vorbild? Bruce Springsteen, der sich seine ganze Karriere über für die «kleinen» Leute eingesetzt hat. Jacques tritt die Nachfolge von Valérie Werthmüller an.



Neues Kampagnen-Duo

Für die Kampagne zur Initiative «für eine öffentliche Krankenkasse», die am 28. September zur Abstimmung kommt, zeichnet ein Duo verantwortlich:

Andrea Arezina war 2011 bereits für das Zustandekommen der Initiative für eine öffentliche Krankenkasse verantwortlich. Es ist ihr «eine Freude und Ehre, nun auch bei der Abstimmungskampagne mitwirken zu können. Schliesslich geht es jetzt ans Eingemachte». Andrea freut sich auf Sommer, Sonne und Abstimmungskampf mit vielen SP-Mitgliedern.



Tom Cassee verstärkt die Kampagnenabteilung der SP. Nach seinem Universitätsabschluss arbeitete er bei der Unia in der Kommunikations- und Kampagnenabteilung und leitete letztes Jahr die 1:12-Kampagne. Während der nächsten Monate wird sein Ziel unter anderem sein, möglichst viele SP-Mitglieder für die öffentliche Krankenkasse zu begeistern und wird deshalb nicht allzu viel Zeit haben, um mit dem Zelt die Alpen zu durchwandern.



EIN TAG IM LEBEN VON
VALENTIN ZUBER, 25, STAGIAIRE
IN DER KAMPAGNENABTEILUNG
DER SP SCHWEIZ

Zurzeit arbeite ich von Dienstag bis Donnerstag als Praktikant in der Abteilung für Kampagnen und Kommunikation der SP Schweiz. Ich stehe um halb sieben auf, was sehr früh für mich ist. Dann frühstücke ich ausgiebig, oft zusammen mit meiner Familie. Seit einer Weile wohne ich wieder bei meinen Eltern und meiner Schwester in Moutier. Der Zug nach Bern fährt um 7.30 Uhr. Die Fahrt nutze ich, um auf dem iPhone die französischsprachigen Zeitungen, insbesondere die jurassischen, zu lesen. Bei der SP Schweiz erledige ich alles, was so an französischsprachiger Kommunikation anfällt – Mediencommuniqués und Newsletter schreiben, die Social Media bewirtschaften oder Übersetzungen machen. Der Tag geht jeweils sehr schnell vorbei. Um 17.15 nehme ich den Zug zurück. An den Montagen und Freitagen kümmere ich mich um meine diversen politischen Engagements. Zum einen ist da das «Mouvement Universitaire Jurassien». Wir vertreten die jurassischen Studierenden und ganz allgemein die französischsprachige Minderheit im Kanton Bern. Nachdem die Aktivitäten der Vereinigung Anfang der Neunzigerjahre eingeschlafen waren – mein Vater war der letzte Präsident –, habe ich sie letztes Jahr wieder aufgenommen. Inzwischen sind wir zu einem wichtigen politischen Akteur geworden. Daneben engagiere ich mich im Parti socialiste autonome, der projurassischen SP-Sektion des Berner Juras. Die Politik in Moutier ist wegen der sogenannten Jurafrage einzigartig: Die vier projurassischen Parteien sind in der «Entente jurassienne» zusammengeschlossen und entscheiden in sämtlichen Belangen, die irgendwie damit zu tun haben, gemeinsam. So kann es vorkommen, dass ich mit den autonomistischen Christdemokraten, die zur «Entente» gehören, mehr gemeinsam habe

als mit den Sozialdemokraten des Parti socialiste du Jura bernois, der probernischen SP-Sektion. Für Aussenstehende ist das manchmal schwer zu verstehen. So oft kommt die Jurafrage nicht zum Tragen, aber wenn es darum geht, wollen wir sicher sein, dass wir die Mehrheit haben. Nachdem sich die jurassische Bevölkerung letzten November gegen die Gründung eines neuen, aus dem Berner Jura und dem Kanton Jura bestehenden Kantons ausgesprochen hat, ist die Frage nun wieder aktuell. Die «Entente» fordert eine Abstimmung über einen Wechsel von Moutier zum Kanton Jura. Die wird aber frühestens 2016 stattfinden. Es ist darum besonders wichtig, dass die autonomistischen Parteien bei den Gemeindewahlen im Herbst die Mehrheit verteidigen können. Der Wahlkampf beginnt darum jetzt auch schon. Neben meinem politischen Engagement widme ich mich der Forschung. Für die kanadische Universität, mit der ich bereits im Rahmen meines Abschlusses in Public Administration an der Universität Lugano zusammengearbeitet habe, schreibe ich zurzeit wissenschaftliche Artikel zum Thema «Politik und Zweisprachigkeit in der Schweiz und in Kanada». Und ich bin daran, eine Doktoranden-Stelle zu suchen. Nach der Arbeit mache ich fast immer Sport. Zweimal pro Woche spiele ich Fussball, an den anderen Abenden gehe ich meistens joggen. Danach esse ich etwas Leichtes und lese noch oder schaue fern. Ich interessiere mich sehr für die politische Aktualität, insbesondere für internationale Politik. Meine Tage enden eher spät, so zwischen Mitternacht und halb eins, weshalb ich meist unter Schlafmangel leide. Glücklicherweise hilft dagegen Kaffee.»

Aufgezeichnet von Andrea Bauer
(aus dem Französischen übersetzt)

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Weiter mit Bildung

Arbeiten in einem multikulturellen Umfeld D2.5.1409

26.8.; Hotel Ambassador, Bern
Hintergrundwissen zu Migration und Asyl, Kultur und Werte, transkulturelle Kommunikation. Referentinnen: Thuy-Trang Ngoc (SFH), Barbara Zahrli (SFH)

Beruflich am Ball bleiben – persönlich weiterkommen D2.5.1407

29.8.+12.9.; Hotel Walhalla, St. Gallen
Ausführliche berufliche und persönliche Standortbestimmung, Ressourcen, Fähigkeiten und Stärken erkennen, berufliche Möglichkeiten kennen, Berufs- und Lebensziele, Aktionsplan. Referent: Christoph Dengler (S&B Institut)

Einführung ins Arbeitsrecht D2.2.1401

11./12.9.; Hotel-Restaurant Römertor, Winterthur
Einzelarbeitsvertragsrecht, Gesamtarbeitsvertragsrecht, Arbeitszeit, Kündigung, Gleichstellung. Referent: Arthur Andermatt (Rechtsanwalt)

Anlage von Pensionskassengeldern D1.8.1430

15.–17.9.; Hotel Flora Alpina, Vitznau

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 38355 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:
abo@spschweiz.ch

Redaktion

Andrea Bauer (Chefredaktion), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Livia Diem (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern), Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion

links@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

muellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 9.6.

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 11.8.

Anlagepolitik, Rendite, Lebenserwartung und Verwaltungskosten in der beruflichen Vorsorge, soziale und nachhaltige Modelle der Anlage. ReferentInnen: Istvan Akos (Stiftung Abendrot), Jasmin Aregger (SGB), Daniel Kopp (SGB)

Bewerbungsdossier wirkungsvoll gestalten (Word 2010) D2.6.1427

16.9.; Technopark, Zürich
Bewerbungs- bzw. Motivationsbrief sprachlich korrekt formulieren, Lebenslauf wirkungsvoll darstellen, Bewerbungsdossier in PDF-Dokument umwandeln. Referent: Peter Schriber (Informatikberater)

Anmeldung: www.movendo.ch,
info@movendo.ch, Tel. 031 370 00 70
Die Kosten für eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif: Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.–. Bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA 2014

27. Juni

Koordinationskonferenz

Winterthur

28. Juni

Parteitag

Winterthur

7.–10. August

Sommeruni

Chandolin

24. Oktober

Koordinationskonferenz

Liestal

25. Oktober

Delegiertenversammlung

Liestal

www.spschweiz.ch

**AUSSER-
ORDENTLICHER
WAHLPARTEITAG**
14. FEBRUAR 2015
MARTIGNY

Streiten für Europa



Martin Naef ist Nationalrat ZH und Kopräsident der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz Nebs

Die Abstimmung über die «Masseneinwanderung» bedeutet für die Schweiz eine Zäsur. Auch und gerade für die Pro-Europäerinnen und -Europäer, die sich seit den Neunzigern in der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz, der Nebs, für einen Beitritt unseres Landes zur EU stark machen. Als überparteiliche und pragmatische Kraft haben wir die wachsenden bilateralen Beziehungen zur Europäischen Union in den letzten zwanzig Jahren mitgetragen, auch wenn unser Ziel so klar wie richtig war und ist: die volle Mitbestimmung der Schweiz in Europa und das Ende der Selbstlüge des «autonomen Nachvollzugs». In den letzten Jahren haben sich zuerst die Wirtschaft und die bürgerliche Mitte, mehr und mehr aber auch der Bundesrat und eben auch die Linke, ziemlich gemächlich im Schlafwagen des Bilateralismus eingerichtet. Für die Bürgerlichen funktionierte es immer und sicherte den Marktzugang – für Linke und Gewerkschaften schauten mit den flankierenden Massnahmen dabei innenpolitische Erfolge heraus, die in der Schweiz ohne diese Allianz kaum möglich gewesen wären. Die Kombination aus wohliger Wachstumskritik, durch die Finanzmarktkrise befeuert Europahäme und – ja – Fremdenfeindlichkeit hat nun den «Königsweg» der Bilateralen arg durchgeschüttelt und hinterlässt Ratlosigkeit. Aber nicht nur: Alle konstruktiven Kräfte müssen endlich aus ihrer Lethargie oder elektoralen Angst erwachen und einen Diskurs über Europa und die Zukunft unseres Landes einfordern und führen. Der Bilateralismus ist offensichtlich endlich. Die Isolation kann nie ein Weg für die Schweiz sein. Weder wirtschaftlich noch kulturell noch politisch. Darum sollten wir bei allem Pragmatismus wieder mit Herzblut für Europa streiten. Öffentlich und laut. Streiten für ein solidarisches und demokratisches Europa, sicher. Aber auch streiten für das Europa der Menschenrechte, der Freiheit und des Friedens. Streiten für unsere Möglichkeit der Mitbestimmung. Dafür braucht es den Geist des Internationalismus und den Willen zur Veränderung weit über Rhein und Rhône hinaus. Dazu braucht es überzeugte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Es braucht aber noch mehr: einen Zusammenschluss all jener politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte, die für eine offene Schweiz und gegen Nationalismus und Isolation eintreten. Und es braucht eine unabhängige, unzweideutige Stimme für den Beitritt, auch – aber hoffentlich nicht nur die Nebs. Seit dem 9. Februar sind bald 500 neue Mitglieder zu uns gestossen. Das macht Mut.



AFRIKANISCHES ROULETTE

Verschmutztes Trinkwasser macht jeden Schluck zum tödlichen Risiko.

Jetzt handeln: www.helvetas.ch

Unterstützt durch



HELVETAS

Handeln für eine bessere Welt